

ITALIEN UND DIE EU

Giorgia Meloni und Ursula von der Leyen sind Verbündete auf Zeit

Von Matthias Rüb

🕒 4 Minuten




Ziemlich beste Verbündete: Giorgia Meloni (links) und Ursula von der Leyen AP

8. Februar 2024 • Verbündete auf Zeit: Meloni und von der Leyen sind aufeinander angewiesen

Dies sei auch „ein italienischer Sieg“, denn die Mitte-rechts-Koalition in Rom habe seit ihrer Amtseinführung im Oktober 2022 „mit großer Anstrengung

und gesundem Menschenverstand darauf hingewirkt, einen anderen Weg als den bisherigen einzuschlagen, um die Produktion der Landwirte, den Respekt vor der Arbeit und die ökologische Nachhaltigkeit miteinander in Einklang zu bringen“.

So sprach Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni am Dienstagabend, nachdem wenige Stunden zuvor EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vor dem  Straßburger Parlament verkündet hatte, dass der Pestizideinsatz in der EU bis 2030 um 50 Prozent reduziert werden muss. Mit dieser Entscheidung vollzog sie seitens der Kommission, was sie schon bei einer Abstimmung Ende November 2019 mit einer seltenen informellen Übereinkunft von Abgeordneten der rechtsnationalen, der christdemokratischen, der liberalen und auch der sozialdemokratischen Fraktionen.

Sowohl die Abstimmung vom November wie von der Leyens Rede in Straßburg und schließlich auch Melonis Siegesruf aus Rom haben mit den massiven Bauernprotesten der vergangenen Monate zu tun. Vor dem Straßburger Parlament waren zu Wochenbeginn die Traktoren aufgefahren, und in Italien haben die Bauern am Donnerstag ihren Treck nach Rom begonnen. Meloni und ihre Regierung versuchen, sich selbst an die Spitze der Bauernproteste zu stellen: Diese seien, so heißt es, nicht gegen Rom gerichtet, sondern gegen die Brüsseler Bürokraten und deren links-grüne Ideologie. Auch beim Streit um Laborfleisch und Insektenmehl für Lebensmittel ziehen Italiens Bauern und die Regierung Meloni am gleichen Strang: In Brüssel ist man dafür, in Rom dagegen.

Ein fast freundschaftliches Verhältnis

Vorab öffnete Meloni schon einmal den Geldhahn: Statt der ursprünglich

geplanten fünf Milliarden Euro aus dem EU-Wiederaufbauplan würden acht Milliarden an die italienischen Landwirte fließen, versprach sie am vergangenen Wochenende. Die umstandslose „Umwidmung“ dieser Mittel aus Brüssel dürfte zwar gegen manche Nachhaltigkeitskriterien verstoßen, welche die EU-Kommission eigentlich mit der Auszahlung der vielen Milliarden an Italien verknüpft hatte. Doch angesichts der Bauernproteste und des wachsenden Unmuts in Italien und in vielen anderen EU-Staaten über den als Ökodiktat kritisierten „Green Deal“ der EU-Kommission wird Brüssel Rom in der Sache kaum Steine in den Weg legen.

Seit dem Amtsantritt Melonis vor gut 15 Monaten unterhalten Italiens Regierungschefin und die EU-Kommissionspräsidentin ein enges, fast freundschaftliches Verhältnis. Denn Meloni und von der Leyen sind aufeinander angewiesen. Meloni weiß, dass sie nur im Einvernehmen mit von der Leyen und der EU-Kommission an das viele Geld für Italien aus dem Brüsseler Wiederaufbauplan kommt. Und von der Leyen weiß, dass sie nach den Europawahlen im Juni womöglich die Unterstützung der aufstrebenden Europapolitikerin Meloni braucht, um die angestrebte zweite Amtszeit an der Spitze der EU-Kommission zu erreichen. Meloni hat in der Migrationspolitik, im Ukrainekrieg und grundsätzlich in der Außen- und Sicherheitspolitik die europäisch-transatlantische Politik ihres Amtsvorgängers Mario Draghi fortgesetzt und jede Konfrontation mit Brüssel vermieden. Und von der Leyen hat diesen guten Willen Melonis mit Besuchen vergolten, wann immer Meloni rief. Gemeinsam flogen sie im Juli nach Tunesien, um dort ein Abkommen mit Tunis zur Eindämmung der Migration über das zentrale Mittelmeer zu unterzeichnen. Im September waren sie zusammen auf Lampedusa, dem südlichsten Außenposten Italiens und dem Hotspot des europäischen Migrationsproblems im Mittelmeer schlechthin. Die Überschwemmungsgebiete in der norditalienischen Region Emilia-Romagna besuchten Meloni und von der Leyen gleich zweimal gemeinsam, um den

Opfern der Umweltkatastrophe die Nähe Roms und Brüssels gleichermaßen zu demonstrieren.

Europawahlen sind die nächste Etappe dieses Kampfes

Wenn nicht alles täuscht, zeigt Melonis europäischer Machtvektor nach oben. Ihre Amtszeit als italienische Ministerpräsidentin endet regulär erst 2027, ihre Koalition in Rom hat sie bisher fest im Griff. International hat sie das anfängliche Misstrauen längst überwunden, ihr Profil wird sie dieses Jahr dank des italienischen Vorsitzes in der G-7-Gruppe der führenden westlichen Industriemächte weiter schärfen können. Bei den Europawahlen im Juni wird ihre rechtskonservative Partei Brüder Italiens ausweislich aller Umfragen ihre Position als stärkste politische Kraft des Landes bestätigen. Im neuen Straßburger Parlament werden die Parteienfamilien rechts von der christdemokratischen Europäischen Volkspartei (EVP) stark zulegen. Als Chefin der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) könnte Meloni eine Schlüsselrolle zukommen, um der EVP-Kandidatin von der Leyen die Mehrheit für eine zweite Amtszeit zu sichern. Denn für die sogenannte Ursula-Koalition – den informellen Pakt von EVP, Sozialdemokraten und Liberalen im EU-Parlament – könnte es knapp werden, weil diese drei Parteifamilien im Vergleich zu den Wahlen 2019 teils deutliche Verluste werden hinnehmen müssen.

Womöglich könnte von der Leyen auf einen neuen Giorgia-Pakt angewiesen sein: ein Zweckbündnis von Christdemokraten und Liberalen mit Melonis erstarkten Rechtskonservativen und Teilen der ebenfalls stärkeren Rechtsnationalen. Ziel von Melonis Mitte-rechts-Koalition ist die Schwächung einer als ökosozialistisch gebrandmarkten politischen Strömung in der EU. Das von der EU-Kommission beschlossene Verbot von Neuwagen mit Verbrennermotor von 2035 an bezeichnet Vizeministerpräsident Matteo

Salvini von der rechtsnationalen Partei Lega als „Wahnsinn“, den zu stoppen Rom „in Europa alles Erdenkliche unternehmen wird“. Nächste Etappe dieses Kampfes sind die Europawahlen im Juni.

Quelle: F.A.Z.



Matthias Rüb

MEHR ZUM THEMA

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Neue Liaison rechts außen

Vor der Europawahl sortiert sich die Rechte neu. Die Nationalkonservativen nehmen einen Rechtsradikalen auf. Auch Viktor Orbán scharrt schon mit den Füßen.

🕒 4 Minuten

NEUE STRATEGIE

Letzte Generation will Sitz im EU-Parlament

Lange klebten sie sich auf der Straße fest. Nun will die Letzte Generation zur EU-Wahl antreten. Dazu müssen die Aktivisten noch einige Voraussetzungen erfüllen.

🕒 1 Minute

RECHTSEXTREMISMUS

AfD scheitert mit Eilantrag

Die AfD wollte eine Passage im Verfassungsschutzbericht streichen lassen. Vor Gericht hatte die Partei keinen Erfolg.

🕒 1 Minute